

2014 – Vol. 1 No. 2
jempas.th-wildau.de

Praxis: Essays & Interviews

Drei Monate im Herzen der Europapolitik

Praktikum beim Europäischen Parlament in einem Abgeordnetenbüro

Patrick Michalowski

Technische Hochschule Wildau

**Abstract.** Der Autor berichtet über sein mehrmonatiges Praktikum beim Europaabgeordneten Norbert Glante (SPD) aus Brandenburg. Er skizziert den Parlamentsbetrieb in Brüssel, legt die

Licht- und Schattenseiten der Arbeitsbedingungen für Praktikanten und Mitarbeiter dar und erläutert die Aufgaben in einem Abgeordnetenbüro. Als ein Beispiel werden die Verhandlungen um das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ diskutiert. Der Beitrag setzt sich kritisch mit der Stellung des Parlaments im Brüsseler Machtgefüge sowie mit dem Medien-echo der EU-Institutionen auseinander.

Schlagerworte: Abgeordnete, Europäisches Parlament, Europäische Union, Fraktion, Gesetzgebung, Haushalt, Horizont 2020, Medien, Parlamentarismus, Personal, politische Kommunikation**Autor:** Patrick Michalowski hat Betriebswirtschaft an den Fachhochschulen Köln und Brandenburg studiert und absolviert den BA-Studiengang Europäisches Management an der Technischen Hochschule Wildau.

Einführung: Das Parlament

Das Europäische Parlament (EP) ist das einzige supranationale Parlament der Welt. Mit derzeit 766 Abgeordneten aus den 28 Mitgliedsstaaten vertritt es 507 Millionen EU-Bürger. Es wird alle fünf Jahre gewählt, zuletzt 2009. Die nächste Wahl ist im Mai 2014. Hauptsitz des Parlaments ist Straßburg, aber Ausschuss- und Fraktionssitzungen finden größtenteils in Brüssel statt.

Zu den Aufgaben des Parlaments gehört die Gesetzgebung. Das EP entscheidet gemeinsam mit dem Rat der EU (Ministerrat) über die Gesetzentwürfe der Europäischen Kommission. Zwar gibt es Politikfelder, in denen das Parlament lediglich angehört werden muss und de facto nur der Rat entscheidet. Aber in den meisten Fällen – dem „ordentlichen Gesetzgebungsverfahren“ – wird eine Vorlage erst mit EP-Zustimmung zum europäischen Gesetz. Das gilt ebenso für die Ausgabenseite des EU-Haushalts.

Die Europäische Kommission kommt ohne das EP nicht ins Amt: Das Parlament wählt ihren Präsidenten – also den Chef der Exekutive – und bestätigt seine Kommissare. Die Kontrolle der

Kommission ist eine weitere zentrale Aufgabe des EP. Für diese Gesetzgebungs-, Haushalt-, Wahl- und Kontrollrechte hat das EP, dessen Vorläufer schon 1952 zusammenkam, lange gekämpft.

Das EP ist eher ein „Arbeitsparlament“ als ein „Redeparlament“: Der größte Teil der Arbeit wird in 20 ständigen Fachausschüssen geleistet, nicht im Plenum. Jeder Parlamentarier ist Mitglied in Ausschüssen und kann sich so auf Fachgebiete spezialisieren. Die Ausschüsse können die Gesetzentwürfe der Kommission wesentlich verändern. Am Ende muss aber immer das Plenum über die Vorlagen („Berichte“) der Ausschüsse abstimmen.

Zugleich ist der Abgeordnete Mitglied einer Fraktion, also dem Zusammenschluss der Mandatsträger befreundeter Parteien. Viele Bürger glauben, dass die Abgeordneten im EP nach Nationen getrennt sitzen. Tatsächlich organisieren sie sich jedoch nach Parteienfamilien. Die Namen der Fraktionen sind vielen Bürgern eher unbekannt: EVP, S&D, ALDE, Grüne/EFA, GUE/NGL, ECR, EFD. Zu Hause treten die Parteien unter ihren nationalen Namen zur Wahl an, erst in Brüssel und Straßburg schließen sie sich zu den übernationalen Parteigruppen zusammen. So sind beispielsweise in der sozialdemokratischen Fraktion „Progressive Allianz der Sozialisten und Demokraten“ (S&D) 32 nationale Parteien vertreten.

Die größte Fraktion ist die der „Europäischen Volkspartei“ (EVP, 275 Sitze), das sind Christdemokraten – zu ihr gehören die 42 Mandatsträger der deutschen CDU und CSU. Die 23 deutschen SPD-Abgeordneten sind Mitglied der „Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten“ (S&D, 194 Sitze). Der „Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa“ (ALDE, 85 Sitze) sind die zwölf FDP-Parlamentarier beigetreten, die 14 deutschen Grünen sind bei der Fraktion „Grüne/Freie Europäische Allianz“ (Grüne/EFA, 58 Sitze) untergekommen.

Acht Mandate hat die deutsche Linke, sie gehören zur „Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke“ (GUE/NGL, 35 Sitze). Zudem finden sich die Fraktionen der „Europäischen Konservativen und Reformisten“ (ECR, 56 Sitze) und von „Europa der Freiheit und der Demokratie“ (EFD, 32 Sitze), denen jedoch keine deutschen Parlamentarier angehören. Schließlich gibt es noch 31 fraktionslose Abgeordnete.

Arbeitsbedingungen im EP

Praktika im EP sind an vielen Orten möglich: bei den Fraktionen und den nationalen Delegationen der Parteien, bei Ausschüssen in

der Parlamentsverwaltung – aber die meisten Praktikanten kommen in den Büros der einzelnen Abgeordneten unter. Sie unterstützen die Parlamentarier bei der Ausschuss- und Fraktionsarbeit, beim Kontakt zum Wahlkreis, zur Partei und zu den Medien. Die Mehrheit der Abgeordneten organisiert ihr Büro mit zwei Mitarbeitern in Brüssel, die jeweils ein oder mehrere Hauptarbeitsthemen des Abgeordneten begleiten. Dies ist somit ein sehr kleiner persönlicher Stab. Die Anzahl der Mitarbeiter hängt aber individuell vom Abgeordneten ab. Dazu steht ihm eine Kostenpauschale des Parlaments in Höhe von rund 21.000 Euro zur Verfügung – wie er sie verwendet und wie viel Personal er damit beschäftigen möchte, ist seine persönliche Entscheidung. Die Kostenpauschale fällt nur etwas größer aus, wenn der Abgeordnete einem Ausschuss vorsteht oder zusätzliche Ämter (z.B. Fraktions- oder Gruppenvorsitzender) übernimmt. Mit der Kostenpauschale können auch Praktikanten vergütet werden. Hier ist auffällig, dass sich nur bei den Fraktionen S&D, Grüne/EFA und GUE/NGL alle Abgeordneten selbst verpflichtet haben, eine Praktikumsentschädigung zu zahlen. Dabei ist jedoch nicht geregelt, in welcher Höhe die Praktikumsvergütung gezahlt wird. Dies führt, wie ich in Gesprächen feststellte, zu großen Unterschieden: In der S&D-Fraktion erhielten manche Praktikanten 1.000 Euro monatlich mehr als andere, in der Gruppe der deutschen SPD-Abgeordneten gab es ein Gefälle bis zu 700 Euro. In dem Abgeordnetenbüro, in dem ich arbeitete, war die Vergütung für Praktikanten auf 700 Euro monatlich festgelegt. Das mag sehr ordentlich klingen, jedoch sind die Lebenshaltungskosten in Brüssel leider auch sehr hoch.

Praktikanten aller Nationen und Parteien tauschen sich darüber aus, was ihre Büros zahlen. Ich erfuhr, dass insbesondere bei Konservativen und Liberalen die Vergütung, wenn überhaupt, sehr schmal ausfällt – vorwiegend wird jedoch keine gezahlt. Dies ist jedoch in ganz Brüssel ein Problem. Viele Institutionen, Verbände, Firmenbüros und Agenturen nutzen die sehr hohen Bewerberzahlen aus. Als ich mein Praktikum beendete, gab es eine große Demonstration junger Menschen auf dem Place du Luxembourg, direkt vor dem EP: Sie forderten ein Ende der „Kostenlos-Kultur“ bei Praktika.

Die Arbeitsbedingungen im EP sind ebenfalls nicht einheitlich. Ich erlebte, dass in der deutschen CDU/CSU-Delegation Abgeordnete bis zu 12 Praktikanten gleichzeitig beschäftigen. Da die Büros der Abgeordneten vorwiegend jedoch nur für maximal drei Mitarbeiter konzipiert sind, mussten Praktikanten ihren Arbeitsplatz u.a. in die Parlamentsbibliothek verlegen. Es wurden auch schon Fälle bekannt, in denen Praktikanten nicht einmal einen Zugang zum Parlamentsgebäude hatten und ihr Praktikum von ihrer Wohnung aus absolvierten. Zudem geben sich nicht alle Parlamentarier Mühe, ihren Praktikanten etwas beizubringen. Praktikanten werden manchmal als sehr billige oder auch unbezahlte Arbeitskräfte eingesetzt, die dann nicht einmal interessante Aufgaben und Einblicke erhalten, sondern rein administrative Dienste erledigen.

Die Praktikantenpolitik mancher Fraktionen und Abgeordnetenbüros ist mehr als grenzwertig, ich würde von Missbrauch sprechen. Für die Betroffenen stellt das Praktikum unter solchen Bedingungen inhaltlich kaum einen Mehrwert dar, außer dass sich dies im Lebenslauf gut vermarkten lässt. Wer ein Praktikum im EP erhält, sollte Aufgaben und Bedingungen klar vereinbaren.

Ich hatte im Vergleich recht gute Bedingungen. Die Vergütung war fair, die Arbeit im Team kollegial, und ich hatte eine lehrreiche Zeit. Eine inhaltliche Einschränkung ergab sich durch den Zeitraum des Praktikums: In unserem Studiengang ist das Auslandspflichtpraktikum unflexibel auf die Sommermonate festgelegt. Das passt nicht zum Parlamentsrhythmus. Das EP macht eine Sommerpause. Mit ihm fällt das ganze Europaviertel in einen Dämmer Schlaf. Erst im September erwacht es wieder. Wer kann, sollte das Praktikum daher im Herbst oder Frühjahr absolvieren.

Meine Arbeitszeit betrug in der Regel 38 Stunden in der Woche. Ein typischer Arbeitstag begann morgens um neun Uhr und

endete um 18 Uhr, eine einstündige Mittagspause war üblich. Durch Teilnahme an Veranstaltungen, Workshops, Vorträgen oder Exkursionen konnte sich die Arbeitszeit jedoch von sieben Uhr morgens bis 23 Uhr abends erweitern.

Ich arbeitete ausschließlich in Brüssel. Eine Teilnahme an der Plenarwoche in Straßburg, zu der das gesamte EP mehrmals im Jahr für einige Tage nach Frankreich umzieht, war leider nicht möglich – für andere Praktikanten ergab sich jedoch die Möglichkeit.

Praktikanten-Eurobubble

Die „Eurobubble“ Brüssel ist auch eine Praktikantenbubble. Es gibt immer Tausende Praktikanten hier, die ihren Traum wahr machen, eine Zeitlang im Zentrum Europas zu sein. Aus Karrieregründen oder aus Idealismus, aber immer mit Interesse an Europapolitik. Das verbindet.

Der Kontakt kommt schnell, fast automatisch. Neben der Arbeit teilen Euro-Praktikanten meist auch Feierabend und Wochenende. Es ist eine kleine Parallelgesellschaft: international, multikulturell und mehrsprachig. Aber sie hat auch nationale Inseln. Es gibt ja immer Praktikanten derselben Nationalität am selben Ort auf engstem Raum. Im Parlament ist es sehr einfach, ständig auf deutsche Praktikanten zu treffen, allein schon weil es so viele deutschsprachige Abgeordnete und andere Deutsche gibt, die täglich ins EP kommen. Fast alle deutschen SPD-Abgeordneten sind im 12. Stock des Altiero-Spinelli-Gebäudes untergebracht.

In meiner Praktikumszeit waren zu Anfang 12 Praktikanten der deutschen SPD-Delegation in Parlament beschäftigt. Zum Ende hin waren wir noch fünf. Wir waren zusammen bei Abendveranstaltungen, bei Podiumsdiskussionen und Konferenzen; am Wochenende haben wir Ausflüge unternommen, durch Belgien, nach Amsterdam, nach Paris. Das Klima war sehr kollegial bis freundschaftlich. Unter allen bestand ein reges Interesse an Politik, Geschichte und aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen. Es war völlig anders als an meiner Hochschule, wo sich nur wenige dafür begeistern können. Wir haben viele interessante und tiefgründige Gespräche geführt, stellenweise bis in die frühen Morgenstunden.

Mir war wichtig, auch die anderen Praktikanten in der S&D-Fraktion kennenzulernen. Ein internationales Praktikum bietet eben die Chance, sich auch international vernetzen und austauschen zu können, nicht nur in einer deutschen „bubble“. Ich habe selbst die Initiative ergriffen und einige Abende organisiert – Motto: „S&D Come Together“. Auch mit der größeren Gruppe haben wir Ausflüge unternommen. Mehrwert fürs Praktikum: Wer offen und neugierig die Grenzen überschreitet, bekommt auch schneller Tipps und Zugänge, die einem der eigene Arbeitgeber nicht bieten kann. Ich konnte deshalb z.B. an Veranstaltungen teilnehmen, die sonst für Praktikanten verschlossen waren.

Ich wollte aber auch andere junge Menschen kennenlernen, mit denen mich nicht mein Praktikum verbindet. Auch Belgier – was gar nicht so einfach ist, denn die „Eurobubble“ ist eine Blase, die mit der belgischen Stadt Brüssel und ihren Einwohnern erstaunlich wenig Berührung hat. Ich war neugierig auf die Jungen Europäischen Föderalisten (JEF), die es in allen EU-Ländern gibt und zum großen Netzwerk der Europäischen Bewegung gehört. So habe ich an den Treffen der JEF Belgien teilgenommen. Hier ging es nicht mehr nur darum, was gerade in den Büros passiert, sondern um die Leidenschaft für die Idee Europa. Ich bin daraufhin auch in Deutschland der JEF und der Europa-Union beigetreten.

Mein Praktikum habe ich bei Norbert Glante absolviert, einem Politiker aus Werder an der Havel, der erstmals 1994 für die SPD Brandenburg ins EP gewählt wurde. Als Studierendenvertreter

und Vorsitzender der Juso-Hochschulgruppe an der TH Wildau hatte ich Kontakt zu Glantes Wahlkreisbüro aufgenommen und ihn auf den Campus eingeladen, um mit Studenten über Europapolitik zu diskutieren. Da er selbst über Praktika beim EP sprach, nutzte ich eine Chance wenige Monate später, mich persönlich bei seinem Büro in Brüssel vorzustellen und mich erfolgreich bewerben zu können.

Glante, Jahrgang 1952, war bis 1990 Konstrukteur und Informatiker, dann engagierte er sich in der Wendezeit bei der neuen ostdeutschen SPD. Im Mai 1990 wurde er zum Landrat des Kreises Potsdam gewählt. Bis 1994 war er in der Kommunalpolitik tätig. Im EP interessierten ihn von Anfang an vor allem Themen aus Wirtschaft, Technik und Wissenschaft. Er ist Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss Internationaler Handel sowie Mitglied einiger interparlamentarischer Gruppen (Mexiko, Chile, Lateinamerika). Er ist stellvertretender Vorsitzender der SPD-Abgeordneten.

Norbert Glante hat zwei feste Mitarbeiter in Brüssel: Eine Referentin war während meines Praktikums vor allem mit dem Forschungsrahmenprogramm „Horizont 2020“ beschäftigt, ihr Kollege mit Energie-, Raumfahrt- und Industriepolitik. In den Plenums-Sitzungswochen fuhr er mit Norbert Glante nach Straßburg.

Zwei weitere Mitarbeiter arbeiten im Wahlkreisbüro Potsdam. Auch dies erfüllt wichtige Aufgaben, denn ein Abgeordneter muss politisch fest zu Hause verankert und für die Bürger erreichbar sein. Ist der Abgeordnete in Brandenburg unterwegs, koordiniert das Wahlkreisbüro seine Termine und inhaltliche Vorbereitung.

Büro, Bürgerpost und Briefings

Neben der allgemeinen, typischen Büroarbeit wie z.B. Terminverwaltung und selbständiger Bearbeitung von Korrespondenz war ich für diverse Kommunikationsaufgaben verantwortlich. Mehrsprachigkeit ist wichtig. Ich habe öfters Übersetzungen ins Englische und aus dem Englischen vorgenommen, vereinzelt bei Energiefragen auch aus dem Polnischen ins Deutsche. Zur Öffentlichkeitsarbeit gehörte es, die Homepage (www.glante.edu) redaktionell zu pflegen. Das hieß auch, Beiträge für diese zu schreiben sowie diese selbständig zu veröffentlichen.



Abbildung 1: Abgeordneten-Website www.glante.eu

Jeden Freitag nach der Plenarwoche in Straßburg verschickte unser Büro einen elektronischen Newsletter. Dazu wählten wir im Vorfeld die drei interessantesten Themen der Sitzungswoche aus

und schrieben dazu Kurzberichte. Als Hilfe und Rohmaterial dienten Vorlagen („PR-Opinions“) aus der S&D-Fraktion. Kurz vor der Straßburg-Woche wurden diese an sämtliche Abgeordnetenbüros der Fraktion verschickt, in denen Inhalt, Positionierung, innere Konflikte der S&D und die Einschätzung der medialen Außenwirkung zu den einzelnen Abstimmungsthemen dargestellt wurden. Dazu lieferte die Fraktion zu jedem der vier Punkte eine Klassifizierung als „Low“, „Neutral“ oder „High“, das diente als Bewertung und Empfehlung für den Umgang mit den Themen.



Abbildung 2: Ein „Europabrief“ mit meinen Beiträgen

Einmal im Quartal geht ein gedruckter „Europabrief“ in die Post (siehe Abb. 2). Die Seite drei mit der Rubrik „Wussten Sie eigentlich...?“ und einer bunten Mischung aus Europathemen wird von dem jeweiligen aktuellen Praktikanten zusammengestellt. Im Zuge des EU-Beitritts von Kroatien schrieb ich zusätzlich einen längeren Artikel über das neue EU-Mitgliedsland für die Juli-Ausgabe. Auch Gastbeiträge in anderen Medien waren zu verfassen. Besonders interessant fand ich die Aufgabe, einen Fachartikel für ein englischsprachiges Energie-Magazin zu verfassen, Thema: „Germany and Energiewende“. Solche Beiträge erscheinen dann natürlich unter dem Namen des Abgeordneten.

Die Beantwortung von Bürgeranfragen war eine weitere wichtige Aufgabe. Jeden Tag gehen in einem Abgeordnetenbüro sehr viele Emails und Briefe ein. Ich stellte schnell fest, dass sich Bürgeranfragen oft nicht spezifisch auf die Arbeitsthemen des Abgeordneten bezogen. Darum wurde genau sortiert. Elektronische wie postalische Bürgeranfragen aus dem Wahlkreis wurden immer vom unserem Büro eigenständig beantwortet.

Tangierten diese Anfragen Themen, die nicht zum Arbeitsgebiet des Abgeordneten gehören, so wurden bei anderen Kollegen und Büros sowie der EP-Bibliothek Informationen eingeholt und daraus eine Antwort erstellt. Bei elektronischen Bürgeranfragen aus fremden Wahlkreisen wurde die Beantwortung nach Themenzugehörigkeit entschieden. Umfasste die Anfrage das Themengebiet des Abgeordneten, so wurde diese von unserem Büro beantwortet. Bei fremden Arbeitsthemen leiteten wir die Anfrage an Büros der Abgeordnetenkollegen weiter. Postbriefe wurden im Gegensatz zu Emails immer von unserem Büro selbst beantwortet.

Ein Beispiel für eine Bürgeranfrage ist ein Brief zur geplanten Tabakrichtlinie, und zwar zur E-Zigarette. Die Bürgerin war recht gut informiert und hatte eine sehr gezielte Frage:

Sehr geehrter Herr Glante, ich habe eine Nachfrage zur Stellungnahme des ITRE-Ausschusses, dem Sie ja angehören, zur TPD2. In dem veröffentlichten Entwurf der Stellungnahme werden einige Änderungsanträge an die Kommission gestellt, welche wohl durchdacht und sinnvoll begründet sind. So wird im Änderungsantrag 5 von der

Kommission gefordert, die Reglementierung von Aromen in Tabakzigaretten abzuändern und zwar so, dass diese nur dann verboten werden sollen, Zitat: „...wenn wissenschaftlich nachgewiesen ist, dass der betreffende Zusatzstoff die Schädlichkeit des Tabakerzeugnisses verstärkt.“ Begründet wird dies folgendermaßen. Zitat: „Das Ansinnen der Kommission, bestimmte Erzeugnisse aufgrund ihres charakteristischen Aromas verbieten zu lassen, stellt einen Angriff auf die Entscheidungsfreiheit mündiger und informierter Verbraucher dar.“ Sowohl der Änderungsantrag als auch die Begründung finden meine vollste Zustimmung, weshalb es mich umso mehr wundert, dass es seitens des ITRE-Ausschusses keinen Änderungsantrag hinsichtlich der E-Zigarette gibt. Können Sie mir sagen, weshalb es für die E-Zigarette nicht die gleiche Regelung geben sollte, nämlich dass sie erst dann in irgendeiner Weise restriktiv behandelt werden sollte, wenn wissenschaftlich nachgewiesen ist, dass diese schädlich ist?

Mit den Akten zum Thema auf dem Schreibtisch bereitete ich für den Abgeordneten einen Antwortentwurf vor:

Vielen Dank für Ihre Nachricht, die ich gerne beantworte: Im vorliegenden Vorschlag der Kommission werden Produkte mit einem gewissen Nikotinniveau (die meisten E-Zigaretten) als Medizinprodukte klassifiziert. Diese werden zum Verkauf mit Gesundheitswarnungen autorisiert. Es geht besonders darum, eine nicht vorhandene Regulierung für „nicotine containing products“ (E-Zigarette) zu finden, die es in der letzten Tabakprodukt-Direktive (TPD) noch nicht gab. Die Meinungen über die E-Zigarette gehen derzeit sehr auseinander. Auch der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments hat bisher noch keine endgültige Meinung dazu. Es kristallisiert sich jedoch heraus, dass es einen Regulierungsantrag nach amerikanischem Vorbild geben soll. Dort möchte die Food and Drug Administration (FDA) die E-Zigarette als Tabakprodukt regulieren, wodurch es ihr ermöglicht wird, diese besser zu kontrollieren, da diese Produkte strengeren Regeln unterliegen.

Bevor die Entwürfe eines Praktikanten mit der Unterschrift des Abgeordneten in den Postausgang kommen, werden sie natürlich von den Mitarbeitern überprüft. Trotzdem wird den Praktikanten einiges an Recherche, Kommunikationskompetenz und Verantwortung abverlangt. Die Informationen müssen stimmen und aktuell sein, Fehler dürfen nicht passieren. Im besten Fall gibt es bereits Mustervorlagen.

Anspruchsvoll ist ebenso die Aufgabe, für den Abgeordneten kurzfristig präzise, knappe Briefings zu unterschiedlichsten Themen zu recherchieren und fristgerecht zu schreiben. Ich holte bei verschiedenen Ministerien und Behörden der EU-Mitgliedstaaten Informationen ein. Bei Gesetzgebungsverfahren erwiesen sich die Gesetzgebungsdatenbanken wie „Pre-Lex“ und „Eur-Lex“ als unverzichtbar. Wertvolle Informationen zu Ratsprotokollen und -besprechungen kamen aus der SPD-Bundestagsfraktion: Diese waren nicht direkt über das EP verfügbar, sondern kamen zu uns indirekt über das nationale Netzwerk. Es gibt durchaus einen kurzen Draht zwischen dem EP und den nationalen Parlamenten.

Damit das Büro und der Abgeordnete über ausreichend aktuelle Informationen besitzen, wurde ich eingesetzt, um in verschiedenen Veranstaltungen, Ausschüssen und Delegationen Protokolle und Notizen anzufertigen und diese anschließend zu einem knappen Vermerk aufzubereiten. Ich nahm für das Büro an Exkursionen und Begehungen teil, die z.B. von Interessenvertretern angeboten wurden und zu Unternehmen und Einrichtungen führten, wie z.B. im Energiesektor die Besichtigung einer Müllverbrennungsanlage zur Energiegewinnung in Antwerpen.

Da Parlamentarier viel unterwegs sind, nehmen sowohl die inhaltliche Vorbereitung als auch die Logistik von Auswärtsterminen viel Raum ein. Internationale Reisen waren zu planen, zu organisieren und zu buchen. Aber auch in den Sitzungs- und Ausschusswochen in Brüssel und Straßburg ist ein Abgeordneter nicht nur an einem einzigen Ort. Transportmöglichkeiten von und zu den einzelnen Veranstaltungsorten waren zu organisieren.

Umgekehrt kamen auch viele Gäste zu uns. In enger Koordination mit dem Potsdamer Wahlkreisbüro stellten wir die Gesprächstermine zusammen. Unsere Website beschreibt für die Bürger die Aufgaben des Wahlkreisbüros so:

Mein Brandenburger Büro ist Ihr erster Ansprechpartner für alle Fragen zur Europäischen Union: Europäische Institutionen, Gesetzgebung, Förderprogramme, Besuch des Europäischen Parlaments in Straßburg oder Brüssel. Je nach Bereich werden Ihre Anfragen direkt in Potsdam oder in Brüssel bearbeitet. Mit der Hilfe meines Büros pflege ich auch den Kontakt zu den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Akteuren im Wahlkreis, um durch einen intensiven Erfahrungsaustausch Anregungen für meine Arbeit zu erhalten. Dies sind Landtags- und Bundestagsabgeordnete, Bürgermeister, Handwerkskammer, Gewerkschaften, Vereine und Unternehmen, etc. (...) Sollten Sie Interesse haben an einem Gespräch mit mir oder wünschen Sie einen Besuch von mir vor Ort, so kontaktieren Sie mein Büro! (...)" (Glante, Kontakt, 2013)

Besucherguppen zu empfangen ist kein unnötiger Tourismus und für das Büro auch keine unangenehme Aufgabe, im Gegenteil. Es geht hier ganz klar um direkten Kontakt zwischen der Politik und den Bürgern, Organisationen und Unternehmern. Dafür sind Parlamente auch da. Sie müssen offen sein. Ganz praktisch ist es so, dass Abgeordnete durch die Gespräche viele wichtige Informationen erhalten, die sie in Brüssel sonst so nicht bekommen.

Besucherguppen haben unterschiedliche Ziele und Interessen – und darum sind die Gespräche auch unterschiedlich, je nachdem, ob Studenten oder Politiker, einfache Bürger, Interessenvertreter oder Fachexperten kommen. Stets mussten für solche Gruppenbesuche Konferenzräume, Technik und Ausstattung besorgt werden. Manchmal wird auch eine Führung gewünscht. Einige Gruppen habe ich selbst durch den Parlamentskomplex geführt.

Gesetze gestalten

Was Praktikanten inhaltlich tun, hängt an den jeweils aktuellen Arbeitsschwerpunkten des Abgeordneten und seinen Funktionen im Parlamentsbetrieb. Einige wenige Abgeordnete haben dauerhaft hervorgehobene Leitungspositionen, etwa als Vorsitzende von Fraktionen, Ausschüssen und nationalen Delegationen oder als Koordinator einer Fraktion für einen Ausschuss. Die Mehrheit der Abgeordneten hingegen profiliert sich durch Mitarbeit an wechselnden Themen in der Gesetzgebungsarbeit.

Zentral und prägend ist die Funktion als „Berichterstatter“ oder „Schattenberichterstatter“. Diese Funktionen – eine Art Projektmanager für Gesetze – werden immer wieder neu in den Ausschüssen verteilt. Das EP ist anders als nationale Parlamente nicht in eine Regierungsmehrheit und eine Opposition geteilt, bei denen die stehende Mehrheit dem Regierungschef immer die Stimmen für die Entwürfe der Regierung besorgt. Im EP wird darum viel mehr parteiübergreifend verhandelt als etwa im Bundestag, und in den Ausschüssen können Gesetzentwürfe der Kommission grundlegend verändert werden. Ob und wie das geschieht, hängt an Strategie, Kompetenz und Geschick des Berichterstatters.

Berichterstatter (im EP-Jargon: Rapporteur) spielen also eine sehr wichtige Rolle. Wie viel Einfluss ein Abgeordneter in Brüssel hat, bemisst sich im EP sehr stark danach, für welche Themen er als Berichterstatter verantwortlich zeichnet. Nach einem komplizierten Punktesystem bieten die Fraktionen bei den Ausschüssen wie bei einer Auktion für die Zuteilung eines Berichts. Die Abgeordneten konkurrieren darum, von ihrem Ausschuss (Berichterstatter) oder ihrer Fraktion (Schattenberichterstatter) in diese Funktionen gehoben zu werden. Allgemeinverständlich erläutert die Website des Abgeordneten die Aufgabe des Berichterstatters:

Wird ein Abgeordneter zum Berichterstatter seines Ausschusses ernannt, so führt er die Diskussionen im Ausschuss und im Plenum an.

Er wird zum Hauptverhandlungspartner mit allen an der Gesetzgebung beteiligten Akteuren. Er macht sich mit den Gesetzesvorschlägen der Kommission intensiv vertraut und setzt sich mit Interessensvertretern in Verbindung, um mehr über den Vorschlag und seine Auswirkungen zu erfahren. Er kommt mit den AusschusskollegInnen ins Gespräch und schreibt nach einer Zeit intensiver Beschäftigung mit dem Thema einen Bericht in Form von Änderungsvorschlägen zu dem Gesetzesvorschlag der Kommission. Als Berichterstatter obliegt es dem Abgeordneten ferner, die Änderungsvorschläge seiner KollegInnen zu bewerten und schließlich durch die Ausschussabstimmung und die Abstimmung im Plenum zu führen. Dazu muss er für seine und die Änderungsvorschläge seiner KollegInnen Mehrheiten finden. In der zweiten und dritten Lesung kommt ihm dieselbe Rolle zu. (Glante, Arbeitsbereiche, 2013)

Der Berichterstatter ist Projektmanager, Informationsmakler, Koordinator und Pate eines Gesetzentwurfs. Er lotet die Vorlagen durch den parlamentarischen Prozess; und wenn er erfolgreich ist, gebührt ihm am Ende, also auch nach einer geglückten EP-Abstimmung, sogar persönlicher Applaus im Plenum – das gibt es so im Bundestag nicht. Oft wird ein Ausschussbericht mit dem Namen des Parlamentariers verknüpft („the Glante report“). Der Berichterstatter hat die Chance, den Inhalt durch seine Prioritäten und Vorstellungen zu prägen – wenn er dafür Unterstützung findet:

Ein Berichterstatter ist also anders als im Deutschen Bundestag direkt an der Gesetzgebung beteiligt und schreibt mit seinen Änderungsvorschlägen direkt an den Gesetzestexten mit. Jeder andere Abgeordnete kann ebenfalls innerhalb bestimmter Fristen Änderungen vorschlagen und so direkt am Gesetzestext mitwirken. Aber ein Berichterstatter hat während der gesamten Zeit der Verhandlungen die Verantwortung und Oberhoheit über den Bericht. Inwiefern sich ein Berichterstatter mit seinen Ideen durchsetzen kann, ist natürlich abhängig von den Mehrheiten, die er hinter sich zu versammeln weiß. (Glante, Arbeitsbereiche, 2013)

Es gibt für Berichterstatter weder mehr Geld noch Personal, und es bedeutet viel Mehrarbeit. Aber: Wer ein wirklich wichtiges und politisch kontroverses Thema ergattert, hat damit nicht nur die Hand an der Rechtsetzung für über 500 Millionen EU-Bürger, sondern eine karriererelevante Chance, sein Prestige und sein Netzwerk zu vergrößern. Das mag zu Hause im Wahlkreis kaum wahrgenommen werden, doch in Brüssel ist das ein Schlüsselfaktor.

Der Berichterstatter erhält seinen Auftrag von dem Ausschuss, der „federführend“ für ein Thema ist. Es gibt oft mehrere Ausschüsse, die sich damit beschäftigen, aber nur einer ist „federführend“ und erstellt den Abschlussberichts fürs Plenum. Die anderen Ausschüsse haben in der Regel Änderungsvorschläge für diesen Bericht. Beispielsweise hat der Industrieausschuss regelmäßig eine andere Sichtweise als der Umweltausschuss. Auch bei den nicht „federführenden“, aber beteiligten Ausschüssen muss jemand die Verantwortung übernehmen und Stellungnahmen für den jeweiligen Ausschuss schreiben, die dann (hoffentlich) Berücksichtigung finden, bevor der Bericht ins Plenum geht.

Schließlich haben die Fraktionen meist unterschiedliche politische Vorstellungen darüber, wie ein Gesetz aussehen soll. Der Berichterstatter eines Ausschusses gehört aber nur einer Partei an und wird durch seine Funktion nicht plötzlich überparteilich. Darum bestellen alle Fraktionen „Schattenberichterstatter“. Ein Schattenberichterstatter hat vor allem im Auge, dass die Ideen seiner eigenen Fraktion in die Gesetzgebung eingearbeitet werden. Diese „Shadows“ sind Teil der Parteienkonkurrenz im Parlament:

Dabei handelt es sich um Abgeordnete anderer Fraktionen, die den Berichterstatter überwachen und im Namen ihrer Fraktion den Bericht und die Gesetzgebung genauso intensiv verfolgen wie der Berichterstatter, um dann ihrer Fraktion eine Empfehlung zur Abstimmung zu geben. Im Idealfall arbeiten Berichterstatter und Schattenberichterstatter eng zusammen. Bei sehr technischen Berichten ist das oft der Fall. Die Schattenberichterstatter bringen in der Regel auch selber Änderungsvorschläge ein. (Glante, Arbeitsbereiche, 2013)

Glante hat seit 1994 rund 35-mal eine Aufgabe als Berichterstatter oder Schattenberichterstatter. Im Jahr 2013 nahm er mehrere Rollen im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) und für seine sozialdemokratische Fraktion wahr:

- Schattenberichterstatter zur Verordnung über die Regeln für die Beteiligung am mehrjährigen Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“;
- Berichterstatter für den Parlamentsbeschluss zur Zukunft des Erdbeobachtungsprogramm Copernicus (Global Monitoring for Environment and Security, GMES), eine 1998 von der EU und der European Space Agency gestartete Initiative zur Umweltdatengewinnung über Satelliten und Bodenstationen;
- Schattenberichterstatter zur Verordnung über die Errichtung der Agentur für das Europäische Globale Navigations satelliten-System (GNSS); und
- Schattenberichterstatter zum Initiativbericht über die Entfaltung des Wachstumspotenzials im Raumfahrtsektor.

Alle Aufgaben hatten mit Technologie- und Innovationspolitik zu tun. Es ging um sehr viel Geld und strategische Schwerpunkte für die Wirtschaftsentwicklung. Bei der ersten genannten Aufgabe „Horizont 2020“ drehten sich die Verhandlungen um ein sehr breit angelegtes Programm für Forschungsgelder und Forschungsprioritäten, bei den anderen drei spezifischer um Weltraumpolitik, die kommerziellen und industriellen Anwendungen eingeschlossen.

Harter Poker um „Horizont 2020“

Ich greife das Thema „Horizont 2020“ als Beispiel heraus. Das mit fast 80 Milliarden Euro über sieben Jahre finanzierte Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ wurde im November 2013 vom EP beschlossen. Es ist Nachfolger des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms (FRP), das 2013 auslief. In „Horizont 2020“ sind praktisch alle EU-Subventionen erhalten, die Industrie und Wissenschaft für Forschung und Entwicklung beantragen können. Es ist ein gewaltiges Programm, eines der weltweit größten öffentlichen Förderprogramme – und auch wenn überall gespart werden muss, hier nicht: Hier sind die Mittel sogar kräftig gestiegen, auch wenn nicht so stark wie von der Kommission und dem EP gefordert. Wichtig ist: Es geht nicht um Wissenschaft pur, sondern um die globale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft sowie um Zehntausende Arbeitsplätze. Forschungsergebnisse können und sollen sogar bis zur Umsetzung in marktfähige Produkte oder Dienstleistungen finanziert werden.

Glante war Schattenberichterstatter der sozialdemokratischen Fraktion für die „Regeln der Beteiligung“, also die für potenziellen Antragsteller sehr wichtigen Bedingungen, wie und wofür genau sie sich bewerben können. Daran haben etwa mittelständische Unternehmen, Forschungsinstitute und Hochschulen großes Interesse. Berichterstatter war Glantes Kollege Christian Ehler, ebenfalls Abgeordneter aus Brandenburg, aber bei der CDU/EVP.

Ein Knackpunkt bei diesen „Regeln der Beteiligung“ ist z.B., wie einfach und unbürokratisch sie sind. Bei öffentlichen Förderprogrammen kommen kleine und mittlere Unternehmen (KMU) oft nicht zum Zug, weil sie mit der komplizierten Antragstellung überfordert sind und sich keine Armee von Anwälten und Beratern leisten können, die den Antrags- und Dokumentenwust durcharbeiten. Aus Sicht des EP ging es darum, hart für die Interessen der KMU zu verhandeln, damit auch diese Zugang zu EU-Geldern haben. Schließlich sollen auch im Mittelstand High-Tech-Produkte und High-Tech-Arbeitsplätze entstehen.

Über „Horizont 2020“ wurde jahrelang zwischen EP, Rat und Kommission verhandelt – ein Dreieck, dessen Gesprächstermine „Trilog“ genannt werden. Als ich mein Praktikum antrat, war der Einigungsprozess schon weit fortgeschritten. Die Einarbeitung in

dieses komplexe Thema war für mich schwierig. Ich habe kleinere Rechercheaufgaben erhalten, Artikel für die Öffentlichkeit verfasst und Protokollführung übernommen. Aber ich konnte hier mangels Vorkenntnissen nur unregelmäßig eingebunden werden. In meinem vergleichsweise kurzen Praktikum, abgekürzt durch die EP-Sommerpause, bekam ich nur einen kleinen Einblick. Selbst langjährige Begleiter des Projekts hatten bei der zunehmenden Zahl von „Trilog“ Schwierigkeiten, den Überblick über alle relevanten Fakten, Daten und Verhandlungsergebnisse zu behalten. Darum war es wichtig, dass Glante von sich aus regelmäßig über den Stand der Dinge informierte – zum Beispiel die Bundestags- und Landtagsfraktionen oder auch den SPD-Parteivorstand – und kontinuierlich Nachfragen beantwortete.

Während meines Praktikums lief das Beschlusspaket zu „Horizont 2020“ auf die Zielgerade. Die Verhandlungen liefen immer schneller. Erstaunlich war für mich, welche große Rolle der Zeitfaktor bzw. Zeitdruck beim Informationsaustausch gespielt hat. Das war fast vergleichbar mit dem Börsenhandel. Wer schneller auf informellen Wegen an die richtige Information kam, hatte einen taktischen Vorteil. Das war wichtig, denn das Parlament hat viel weniger Personal und Expertenwissen als die Europäische Kommission oder auch die Ministerien der Mitgliedstaaten, die im Rat der EU tagen. Hohes Tempo, so habe ich gelernt, konnte die schwächeren Ressourcen des Parlaments ausgleichen helfen.

Ich war zwar als Praktikant offiziell nicht zu den informellen Vorgesprächen („Vor-Trilog“) zwischen Mitarbeitern der Kommission, EP- und Ratsvertretern zugelassen, aber bei einigen Terminen konnte ich anwesend sein. Ich habe nicht immer alles verstanden, aber die Verhandlungsmethoden der Teilnehmer zu beobachten war erkenntnisreich. Bereits beim „Vor-Trilog“, der den Spitzengesprächen vorausgeht, wurde kräftig getrickst. Beispielsweise wurde mit Verzögerungstaktik versucht, besonders kritische Themenpunkte spät in die Nacht zu verlagern, um dem ermüdeten Gegner leichter Zugeständnisse abringen zu können. Die Taktik geht nicht immer auf. Bei einem „Vor-Trilog“, so hörte ich, liefen die Gespräche bis fünf Uhr morgens – ohne Ergebnis allerdings.

Beim „Vor-Trilog“ wurde offensichtlich: Es gibt ein eklatantes Ungleichgewicht beim Personal der an Gesetzen beteiligten europäischen Institutionen. Die Kommission hat rund 25.000 Mitarbeiter (und zieht häufig externe Berater und Sachverständige heran); von diesen arbeitet zwar nur ein kleiner Teil an einem Spezialthema, aber es sind immer noch sehr viele Köpfe. Im Rat greifen die Vertreter der nationalen Regierungen auf ihre Ministerien und Behörden zurück. Auch dort sind keine personellen Engpässe vorhanden. Angesichts des Arbeitsaufwands ist das EP dagegen hoffnungslos unterbesetzt – obwohl neben den Abgeordnetenbüros auch Mitarbeiter der Fraktionen und der EP-Verwaltung zuarbeiten. Anders als der Bundestag (und selbst die deutschen Landtage) hat das EP keinen wissenschaftlichen Dienst, der mit überparteilichen Expertisen, Rechts- und Fachgutachten hilft.

Dies hat zur Folge, dass nicht immer sämtliche Informationen sachgerecht verarbeitet werden können, und manche Entscheidungen fallen auf unzureichender Wissensbasis. Weiterhin offenbart sich eine riskante Abhängigkeit der Abgeordneten vom eigenen Personal. Die Büros sind klein. Fällt ein erfahrener und gut vernetzter Mitarbeiter zeitweise aus oder kündigt er, ist der Wissens- und Informationsverlust sofort schmerzhaft spürbar. Zwar besitzen auch Abgeordnete erhebliche Sachkenntnisse. Jedoch wird in fortgeschrittenen Verhandlungen die Materie schnell so detailreich und unübersichtlich, und die Verfahren werden so bürokratisch, dass Abgeordnete schlicht kein umfassender Überblick über alle bis dahin gefundenen Änderungen mehr möglich ist.

Dies zeigte sich beispielhaft an einer Vorbesprechung zum vorletzten „Trilog“ der beteiligten Parlamentarier: Bei Zielen und Budgetierung waren bereits wichtige Punkte im Konsens abgehakt, sodass diese nun in eine gemeinsame Position gegenüber Rat

und Kommission münden konnten. Plötzlich verlangten aber einige Abgeordnete Änderungen. Das war nicht nur Last-Minute-Taktik, sondern geschah auch aus Unkenntnis über den mit großen Anstrengungen ausgehandelten innerparlamentarischen Konsens. Statt den Deckel nun zuzumachen, kam es bei der Mittelverteilung wegen einiger Nachkommastellen zu einer neuen Verhandlungsrunde. Das Treffen beendete nichts, sondern schnürte alles neu auf, führte zu Zeitverlust und einem empfindlichen Rückschritt.

Dies ist nur ein Beispiel, aber es macht nachdenklich. Aus demokratischer Sicht stellt sich hier unweigerlich die Frage nach der Legitimationsfähigkeit des Parlaments. Die einzige frei wählbare Institution der EU kann aufgrund von Personalmangel und Überforderung nicht dafür garantieren, objektiv und gut informiert Entscheidungen im Sinne der Bürger zu treffen.

Der hohe Bedarf an aktuellen Informationen setzt allerdings Kreativität frei. Interessant und amüsant war zu sehen, mit welchen Methoden Beteiligte sich Informationen beschaffen oder als Informationsgeber in Stellung brachten. Mit Schmunzeln denke ich an die sogenannten „verlorenen und wiedergefundenen Koffer“ zurück: Plötzlich hatte jemand eine noch nicht für die Öffentlichkeit bestimmte Information parat, die von irgendwem an irgendjemanden weitergegeben wurde. Quelle unbekannt, hieß es – mit einem wissenden Grinsen. Dabei spielen auch Interessenvertreter eine Rolle. Bei den regelmäßigen Treffen mit Interessenvertretern zum Kaffee oder Mittagessen fühlte ich mich anfangs an schlechte Politthriller und Lobbyisten-Klischees erinnert. Letztlich war vieles banal und normal: In der „Eurobubble“ von Brüssel wird über wichtige, vermeintlich wichtige und unwichtige Dinge ständig geraunt, geflüstert und getratscht.

Erstaunlich fand ich die verbreitete Naivität im Kommunikationsverhalten selbst bei Spitzenpolitikern und Diplomaten. Offen und laut genug zum Mithören wird auf den Fluren und am Handy über Dinge gesprochen, die eigentlich vertraulich sein sollten. Einmal hatte ich durch argloses Lauschen viel Glück: Der irische Botschafter telefonierte neben mir im Aufzug über uns noch nicht bekannte Positionen des Rats zu „Horizont 2020“. Meine Zufallsquelle bescherte uns einen kleinen taktischen Informationsvorteil bei der nächsten Verhandlungsrunde.

Ein merkwürdiges Medienecho

Praktikanten tragen zur Öffentlichkeitsarbeit der Abgeordneten bei. Sie recherchieren, redigieren und schreiben, sie helfen den Parlamentariern bei der externen Kommunikation mit Bürgern, Institutionen, Interessengruppen und natürlich auch Medienvertretern. Gegenüber den Massenmedien haben die Parlamentarier zwei Interessen: Sie möchten erstens im Wahlkreis als effektive Repräsentanten der Bürger wahrgenommen werden. Zweitens möchten sie Teil der überregionalen Debatte um Europas Themen sein. Sie möchten vermitteln, was sie in den Ausschüssen und Fraktionen leisten. Allerdings kommt davon nur relativ wenig in der allgemeinen Medienberichterstattung tatsächlich an.

Bevor ich nach Brüssel fuhr, stuft ich in Deutschland vier bis fünf diverse Zeitungen und Sender als seriöse Medien ein, die auch über Europa solide Berichterstattung liefern und die Öffentlichkeit kompetent und umfassend informieren. Das Praktikum in Brüssel hat mein Vertrauen aber nachhaltig erschüttert.

Die Redaktionen in Brüssel sind viel kleiner als die in den nationalen Hauptstädten, obwohl die Materie der europäischen Institutionen viel umfangreicher ist. Außerdem beschäftigen sich die Korrespondenten auch noch mit dem Staat Belgien und der Nato, die in Brüssel ihr Hauptquartier hat. Die Redaktionen sind für diese Aufgaben stark unterbesetzt, eine vernünftige umfassende Berichterstattung mit spezialisierten Reportern ist quasi unmög-

lich. Die EU-Themen, die sie anbieten, finden bei Zentralredaktionen meist wenig Zuspruch. In einem Gespräch mit einer ZDF-Korrespondentin hörte ich, dass dies mit den Einschaltquoten und Sparmaßnahmen zusammenhängt. Das Publikum, hieß es, möchte nicht mit Europa „gelangweilt“ werden. Somit würden nur wenige „polarisierende Themen“ ausgewählt.

Was die Blattmacher über die EU zu Hause drucken oder die Sender verbreiten wollen, hat mit der Wirklichkeit in Brüssel manchmal nur begrenzt etwas zu tun. Dazu kommt noch etwas Anderes: Je schlechter die Medien berichten, desto erfolgreicher läuft die oft einseitige Kommunikation und manchmal gezielte Desinformation durch Interessengruppen und Kampagnen.

Ein Paradebeispiel für mich ist die Novellierung der EU-Saatgutverordnung. Bei diesem scheinbar technischen Detailthema geht es um europaweit einheitliche Standards für Saatgut (für Gemüse, Getreide, Futterpflanzen, Öl- und Faserpflanzen) im Handel und auch die Zulassung von Pflanzensorten. Es geht um Gesundheits- und Verbraucherschutz. Es gibt bisher eine ganze Reihe von EU-Einzelvorschriften sowie erheblichen Spielraum der Mitgliedstaaten, wie sie den Saatgutverkauf regeln. Betroffen sind Züchter und Saatguthersteller, Handelsketten und natürlich die Endkunden wie Landwirte und Gärtner, kommerzielle Betriebe jeder Größe, aber auch jeder, der im Privatgarten sät und pflanzt. Insofern ist nicht überraschend, dass die Novelle der EU-Saatgutverordnung die Aufmerksamkeit vieler Bürger und Unternehmen anzieht und Interessenkonflikte auftauchen. Die Lobbyarbeit ist intensiv. Bevor die Kommission ihren Entwurf vorstellte, machten Interessengruppen bereits mit großem Medienerfolg mobil: Die Novelle werde die Interessen der Agrarkonzerne bedienen, kleine Hersteller, alte Sorten und Ökosaatgut würden aus dem Markt gedrängt. Das Thema wurde in einen Interpretationsrahmen gezwängt, den Journalisten wurde ein klassisches Schema serviert: David gegen Goliath, Gut gegen Böse, Schwarz gegen Weiß. Das wurde weder der komplexen Materie gerecht noch der Tatsache, dass sich die Politik des notwendigen Interessenausgleichs bewusst ist und daran intensiv im Detail arbeitet.

Im Mai 2013 stellte der EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz Tonio Borg seinen Vorschlag für die Novelle vor. Ich war – aus persönlichem Interesse – dabei, zusammen mit vielen anderen Mitarbeitern der EU-Institutionen und zahlreichen Medienvertretern. Die Kommission ließ sich nicht vollständig in die Karten schauen. Sie erläuterte, welche Punkte überarbeitet werden und wies darauf hin, dass ein Ziel der Novelle eine Entbürokratisierung sein solle. Was am nächsten Tag in der deutschen Presse behauptet wurde, war etwas völlig anderes, als ich in dem Saal in Brüssel hörte. Einhellig kritisierten die deutschen Massenmedien, dass die Kommission sich den Agrarkonzernen wie Monsanto, Bayer, Syngenta und KWS gebeugt habe und dass dies das Ende des kleinen Gemüseanbauers und der Artenvielfalt sei.

Die Medien folgten dem vorab festgezurrten Story-Schema, ohne sich um journalistische Ausgewogenheit und informierenden Hintergrund über den Stand der EU-Beratungen zu kümmern. Es ist ja viel leichter, die Muster „Brüssel plant ein Bürokratiemonster“ und „Brüssel in der Hand der Konzernlobby“ abzuspielen.

Diese Medienberichterstattung hat unserem Büro, obwohl für das Thema nicht zuständig, binnen drei Arbeitstagen 14.879 Protest-E-Mails von Bürgern eingebracht. Davon war nur eine einzige persönlich formuliert. Die anderen wurden als standardisierte E-Mail über Kampagnenseiten etwa des Umweltverbands BUND (bund.net) und der Aktionsplattform Campact.de („Bunte Vielfalt statt genormter Einfalt“) ausgelöst.

Der Fall zeigt, dass sich eine große Anzahl von Bürgern von verzerrter und falscher Berichterstattung in die Irre führen lässt. Natürlich sorgt das in EP-Abgeordnetenbüros für Druck und Irritationen; das ist auch der Zweck. Aber: Die über die Medien hochgesteuerte Massenaktion hatte mit der eigentlichen Tagesnachricht

nichts zu tun. Der Kommissionstermin war für die Kampagnenmacher nur ein Aufhänger, um mobil zu machen. Die Medien bemerkten vermutlich nicht einmal, wie sie sich instrumentalisieren ließen.

Solche Muster der Meinungsmache funktionieren auch bei reinen Online-Nischenmedien außerordentlich gut. Anti-EU-Empörung wird erfolgreich von einschlägigen Webseiten über die Multiplikationseffekte über Facebook, Twitter, Blogs und andere soziale Medien gesteuert. Die Effekte reißerischer Schlagzeilen und populistischer Artikel waren im Büro oft zu bemerken.

Mir ist dabei u.a. die Internetzeitung „Deutsche Wirtschafts Nachrichten“ (deutsche-wirtschafts-nachrichten.de) aufgefallen: Die DWN gibt sich betont bürgerlich und EU-kritisch – und arbeitet aus meiner Sicht nicht nur mit Zuspitzung und Polemik, sondern teils mit halbweisen, teils mit offenbar absichtlich falschen Informationen, die im Netz ein erstaunlich großes Echo erfahren. Fallweise beruhen rund ein Drittel der EU-kritischen Zuschriften, die unser Büro erhielt, auf Meldungen der DWN, den ihr verbundenen Nachrichtenportalen und Posts auf populären Kanälen.

Diese Erfahrungen haben mich bei der Medienberichterstattung über die EU sehr skeptisch werden lassen. Journalistischen Informationen über die europäische Politik vertraue ich heute nur noch mit sehr großer Vorsicht.

Beruf Abgeordnetenassistent?

Das Praktikum hat mich in meiner Entscheidung nachhaltig bestärkt, meinen beruflichen Fokus auf die Europäische Union zu fixieren. Allerdings: Eine Arbeitsstelle als Mitarbeiter bei einem Abgeordneten, einer Delegation oder Fraktion im EP hat nicht nur attraktive Seiten. Ich weiß nicht, ob das für mich in Frage käme. Die Rolle als Zuarbeiter, die kleinen Teams und das stark persönlich gefärbte Arbeitsverhältnis setzen voraus, dass man mit der Politik des Arbeitgebers stark übereinstimmt. Ich habe beobachtet und aus vielen Gesprächen erfahren, dass politische Differenzen zu persönlichen Verstimmungen führen können. Wer vor allem seine eigene politische Meinung vertreten und entfalten möchte, ist auf diesem Posten falsch. Referent und Assistent bei Abgeordneten zu sein, das ist vor allem eine persönliche Dienstleistung.

Das EP ist kein stressfreier Arbeitsplatz. Politische Konkurrenz, Hektik und Überforderung führen zu Spannungen. Die entladen sich auch in einer relativ hohen Personalfuktuation. Während es in meinem Abgeordnetenbüro stets freundlich und kollegial zugeht, wurde ich auf EP-Fluren Zeuge lautstarker Auseinandersetzungen zwischen Chefs und Mitarbeitern. In einem Abgeordnetenbüro kündigten an einem Tag gleichzeitig sämtliche Mitarbeiter und Praktikanten. Das ist eine extreme Ausnahme. Aber auch wenn das Klima stimmt, sehen die meisten Abgeordnetenmitarbeiter ihre Tätigkeit als „Durchgangsreise“, um sich ein Kontaktnetz aufzubauen und nach einiger Zeit zu wechseln.

Das Büro Norbert Glante stellt da eine Ausnahmeerscheinung dar: Die festen Mitarbeiter sind seit sehr langer Zeit dabei. Doch selbst im Büro Glante zeigt sich ein Problem der Parlamentsarbeit. Unbefristete Verträge gibt es nicht. Der Abgeordnete ist auf Zeit gewählt. Die vertraglich an seine Person gebundenen Mitarbeiter sind vor jeder Wahl im Ungewissen, ob der Arbeitgeber wiedergewählt wird. Glante tritt 2014 nicht wieder an. Ob die SPD-Kandidatin aus Brandenburg es ins EP schafft und ob sie Glantes erfahrene Mitarbeiter übernehmen möchte oder lieber ein eigenes Team mitbringt, das ist unbekannt. Langfristige und sichere Planung ist für Mitarbeiter von Abgeordneten nicht möglich. Es gibt zwar einige, die sich über viele Jahre oder Jahrzehnte bei verschiedenen Parlamentariern verdingen. Aber die meisten werden an

diesem Arbeitsplatz nicht alt: Für sie ist der Job, in dem man eigentlich nicht formal aufsteigen kann, einfach ein Sprungbrett in besser bezahlte und sichere Positionen bei größeren Arbeitgebern.

Ein politisches Fazit

Die Erkenntnisse und Eindrücke vom Politikbetrieb in Brüssel waren einmalig. Das Praktikum war eine enorme persönliche Weiterbildung. Es hat mir die Augen für die mühevollen, langwierigen Gesetzgebungsprozesse in Europa geöffnet. Auch mein politisches Urteil hat sich durch meine Erfahrungen und viele Gespräche verändert. Ich gebe zu, vor dem Praktikum hatte ich ein persönliches Feindbild im Kopf: „Die Kommission macht ja was sie will, und reguliert Dinge, die niemand braucht...“ Inzwischen sehe ich die Kommission freundlicher – und den Rat der EU viel kritischer.

Im Rat vertreten die Nationalstaaten ihre Interessen. Das geht häufig auf Kosten der europäischen Idee, manchmal hat die Politik des Rats damit kaum noch etwas zu tun. Unliebsame oder teure Projekte, die nicht nur bestimmten Mitgliedstaaten zu gut kommen, werden geblockt – unliebsame und unpopuläre Initiativen aus den Staaten jedoch auf die europäische Ebene geschoben, damit die jeweilige nationale Regierung nicht dafür verantwortlich gemacht wird. Der Bürger macht für die Konsequenzen dann jedoch „Brüssel“, die Kommission oder die gesamte EU verantwortlich. Das ist eine gefährliche Entwicklung für die Stabilität der Union.

Mein Eindruck ist, dass sich der Rat in vielen Punkten sehr nationalistisch und egoistisch verhält. Die Nationen verhandeln im Rat untereinander – also intergouvernemental – und scheinen bereit, dafür den Fortschritt des europäischen Einigungsprozesses zu opfern. So wie der Rat handelt, weckt er den Verdacht, dass eine „Re-Nationalisierung“ stattfinden soll. Die nationalen Vorteile, die nur eine vollwertige Union zu bieten hat, sollen aber erhalten bleiben. Das ist paradox und kann nicht lange gut gehen. Ein europäischer Bundesstaat, ein echtes föderales Europa steht für die Regierungen im Rat leider nicht auf der Agenda, und noch weniger ein vollwertiges Parlament, das den Kurs bestimmt und nicht nach nationalen, sondern europäischen Prinzipien gewählt wird.

Solange die allgemeine Zustimmung der Bürger zur EU tendenziell überwiegt, lässt sich der Konflikt kaschieren. Aber die Krise der Eurozone und die massiven Probleme in den südlichen Mitgliedsstaaten lässt die Zustimmung einbrechen. Für die Krise wird ebenfalls die EU verantwortlich gemacht. Die anti-europäische Berichterstattung in den Medien ist sehr stark geworden und wird stärker. Dazu tragen zum Teil auch Bewegungen, Initiativen und Kampagnen der viel beschworenen Zivilgesellschaft bei.

Um den Vertrauens- und Ansehensverlust der EU zu verhindern, müssten Kommission, Parlament und Rat entschlossen gemeinsam auftreten. Das erfordert aber auch Bürger, die sich mit Leidenschaft für die Grundwerte und die Verpflichtungen aus den Lehren der Vergangenheit für Europa einsetzen.

Quellen

- Glante, N. (2013). *Arbeitsbereiche*. Abgerufen am 13. November 2013 von Norbert Glante: <http://glante.eu/arbeitsbereiche.php>
 Glante, N. (2013). *Kontakt*. Abgerufen am 12. November 2013 von Norbert Glante: <http://glante.eu/kontakt.php>

Medientipp: Webvideo

„Eurobubble is the first web series on the life of Young European Professionals.“

euro-bubble.tumblr.com



In der Webvideo-Satireserie „Eurobubble“ dreht sich alles um Lust und Leiden junger Leute im Brüsseler Europaviertel. Die Videos sind zum Brüllen komisch – weil sie genau das zeigen, was Praktikanten und Berufseinsteiger erleben und denken. Alle Peinlichkeiten und Schamgefühle, Frust und Tagträume inklusive.

Die zehn Videoepisoden sind je zwei bis drei Minuten lang. Die Serie folgt einem jungen Absolventen, der in Brüssel auf Jobsuche geht. Er landet beim Europäischen Verband für Olivenöl und hofft auf den Aufstieg als Abgeordnetenassistent sowie ein ausschweifendes Privatleben. Es geht um Politik und Parties, Sex und Salsakurse, um schüchterne Mauerblümchen und arrogante Angeber, die Hackordnung und den lächerlichen Zirkus der Eitelkeiten, um verzweifelte Bewerbungstaktik, hohlen Smalltalk auf inhaltsleeren Konferenzen und garantiert nutzlose Meetings.

Die Schauspieler sind gar keine, sondern echte Euro-Profis, die sich selbst auf die Schippe nehmen. Entstanden ist die Serie aus einem Blog (sites.google.com/site/eurobubble) von Yacine Kouhen, der 2012 mit einigen Mitstreitern das Filmprojekt in Gang setzte. Finanziert wurde es durch Crowd-Funding, einige Sponsoren und die ehrenamtliche Mitarbeit von rund 50 Freiwilligen aus mehr als 20 Nationen. 2014 soll es eine Neuauflage der Serie geben – Ideengeber und Darsteller werden wieder gesucht.

